

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 5 Pfennig für Postlohn. Beim Bezug durch die Postanstalten für den Monat 2 Mark auswärts. Postgebühren. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streit oder Ausperrung hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückenthaltung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Straßburg & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno D. Nahn, Wilmersdorf; für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Herr v. d. Sande, beide Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Kreuzdorfer Straße 101. Fernruf: Alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen. Wöchentlich: „Spand. Anzeiger“, „Spand. Romanzeitung“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der Kleinriedler“, „Neue u. alte“ 14-täglich: „Festn. Rundschau“, „Mitt.“

Anzeigenpreise: Tagesblätter 30 Pf. pro Zeile, die dreizehntägige 1,50 Pf. Die Beilageenaufträge betragen 20 Pf. für das Taubendruck, die Offertenergebnisse 30 Pf. — Für das Erhalten von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird keine Gebühr übernommen. — Bankkonten: Deutsche Reichsbank, Nationalbank, Postbank Spandau, Internationale Handelsbank Spandau, Spandauer Bank, e. G. m. b. H., Spandau. — Postfach Konto Berlin W. 7 Nr. 1797

Nummer 80.*

Dienstag, 7. April 1931.

38. Jahrgang.

Kroatische Irredenta.

Rom, 4. April. Als Italien in den Weltkrieg eintrat, wird ihm kaum der Gedanke vorgeschwebt haben, daß dieser Krieg zur Vernichtung der österreichisch-ungarischen Monarchie führen müsse. Man hätte sich mit einer militärischen Niederlage des alten Gegners und mit dem Gebietsgewinn von Trient, Triest und Teilen der dalmatinischen Küste begnügt. Aber es kam anders. Die Doppelmonarchie wurde zertrümmert, an ihre Stelle traten die Nachbarstaaten und der größte von diesen, Südslawien, wurde für Italien ein weit unbequemerer und gefährlicherer Gegner als es Oesterreich-Ungarn jemals gewesen ist. Die politische und militärische Lage Italiens hat sich durch den Weltkrieg nicht gebessert, sondern verschlechtert, trotzdem es zu den „Siegerstaaten“ zählt. Italien hat die Brennergrenze erlangt, das heißt eine Sicherung an einer Stelle, wo es gar nicht bedroht wird, aber es hat dafür gegen das drohende Südslawien eine lange Grenzlinie eingetauscht, die militärisch kaum zu sichern ist. Eine bittere Siegesfrucht!

Und die Südslawen sind recht unbequeme Nachbarn — vielleicht noch unbequemere als es Italiener jemals für Oesterreich gewesen sind. Italien hatte den Begriff der „Irredenta“ geschaffen, der in Oesterreich-Ungarn lebenden „unerlösten“ italienischen Bevölkerung. Jetzt beherrscht Italien in seinen eigenen Grenzen eine Bevölkerung von nahezu 100 000 Slawen (Kroaten), die ihrerseits eine „Irredenta“ bilden.

Die Kroaten sind bekanntlich römische Katholiken, während die Serben der griechisch-orthodoxen Kirche angehören. Das war einer der Gründe, weshalb sich Serben und Kroaten vor dem Weltkrieg trotz Blutsverwandtschaft und gleicher Sprache nicht etwa durcheinander liebten. Nach heute schreiben die Serben ihre Zeitungen mit kyrillischen Buchstaben, die Kroaten mit lateinischen. Die Liebe zwischen Belgrad und Agram ist auch heute noch nicht recht heiß. Wenn es sich aber um die „unerlösten“ Kroaten im italienischen Staatsgebiet handelt, so stehen Belgrad und Agram zuhaken. Dann nimmt das orthodox-griechische Belgrad keinen Anstoß daran, daß die italienischen Kroaten römisch-katholisch sind. So hat denn Monsignore Bauer, römisch-katholischer Erzbischof in Agram, am Tage des heiligen Joseph einen Hirtenbrief erlassen, der das Schicksal der in Italien lebenden Slawen in ergreifenden Worten beklagt und die Gläubigen auffordert, für diese unerlösten Brüder zu beten. Dieser Hirtenbrief hat nun eine gewaltige Aufregung in der jüdischen Presse hervorgerufen, und da die jüdische Presse nur bringen darf, was Mussolini ihr vorschreibt oder doch wenigstens gestattet, so kann die Erregung der Presse gleichgesetzt werden mit der Erregung der Regierung. Man weiß nicht, ob Italien bereits Schritte in Belgrad getan hat. Wahrscheinlich würde der Diktator König Alexander einen solchen Schritt mit dem Hinweis darauf beantworten, daß der Agramer Kirchenfürst nicht ihm, sondern dem Heiligen Stuhl, also dem von Italien als souverän anerkannten Papst, unterstehe. Man scheint in Italien eine solche Antwort vorauszuversetzen. Die italienische Presse — und ihre Stimme ist die Stimme Mussolinis — wendet sich nämlich bereits an den Papst und verlangt von ihm, daß er gegen den Klerus in Südslawien einschreiten möge. Die kroatischen katholischen Pastoren haben sich nämlich nicht mit der Verlesung des Hirtenbriefes von Agram begnügt, sondern diesen noch vor ihren Gläubigen erläutert. Man kann den italienischen Blättern schon glauben, daß die Predigten aufreizenden Charakter gehabt haben. Jedenfalls haben sie nicht befriedigend auf die Bevölkerung gewirkt. Das sieht man aus den zahlreichen blutigen Grenzwischenfällen, die sich an der itrisch-kroatischen Grenze zutragen. Wer da weiß, wie die Serben gegen die bulgarische und griechische Bevölkerung in Mazedonien verfahren, kann sich ein Bild machen.

Der Papst hat bisher nichts gegen den Hirtenbrief des Erzbischofs Bauer veranlaßt, wenigstens nicht öffentlich. Die Lage ist auch schwierig. Die Kroaten sind zwar sehr treue und standhafte römische Katholiken, aber sie stehen politisch unter einer meist griechisch-orthodoxen Regierung. Sie können von dieser bedrückt werden und es ist auch nicht undenkbar, daß Belgrad auf Uebertritte zur Orthodoxie hinwirkt. Das ist eine Gefahr, die in Italien nicht droht, der aber der Papst seine Gläubigen in Südslawien nicht aussetzen darf. Also ein ämtliches, öffentliches Einschreiten der Kurie gegen den kroatischen Klerus ist kaum zu erwarten.

Dagegen erwartet die öffentliche Meinung in Italien eine Rückwirkung auf wirtschaftlichen Gebiet etwa in der Form der Kündigung des italienisch-südslawischen Handelsvertrages. Daß eine solche Kündigung das Verhältnis zwischen den beiden Ländern nur verschlechtern wird, liegt klar auf der Hand.

Brüning und Curtius nach London eingeladen.

Berlin, 7. April. Nach einer halbamtlichen Meldung der Londoner „Times“ hat die englische Regierung durch die deutsche Botschaft in London eine Einladung an Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius übermitteln lassen, London im April einen privaten, rein freundschaftlichen Besuch abzustatten. Es hätten sich jedoch einige Schwierigkeiten ergeben, die einen Besuch in diesem Monat unmöglich machten. Sowohl Brüning wie Curtius hätten eine Reihe anderer Verpflichtungen. Die Einladung sei aber für den Mai angenommen worden. Die englische Regierung hoffe, daß Briand bei dieser Zusammenkunft anwesend sein werde. Ueber den Zweck der Zusammenkunft gibt die Mitteilung der „Times“ keine Auskunft.

Nach Berliner Pressemeldungen werden Dr. Brüning und Dr. Curtius am 29. April nach England reisen und am 1. Mai Gäste des englischen Premierministers MacDonald auf seinem Landgut in Chequers sein. Während des kurzen, nur auf einen Tag berechneten Aufenthalts in Chequers sollen in Anwesenheit des englischen Außenministers Henderson die aktuellen politischen Fragen der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und des deutsch-österreichischen Zollvereins erörtert werden.

Die Einladung hat eine Vorgeschichte, die für Deutschland der Angelegenheit eine besondere politische Note gibt. Es ist in Deutschland mit Recht unangenehm empfunden worden, daß die englische Regierung, von der die Initiative zum französischen Flottenpakt ausging, der deutschen Regierung keine offizielle Kenntnis gegeben hat. MacDonald wollte dies nachholen und mit der Einladung gewissermaßen zum Ausdruck bringen, daß man es nach wie vor als europäische Großmacht würdigt. Die deutsche Regierung hatte zwar grundsätzlich angenommen, aber ein Termin wurde nicht festgesetzt, und die Engländerreise schien ausgesetzt. Da kam der deutsch-österreichische Zollvertrag, und in dem richtigen Gefühl dafür, mit wie wenig Glück man bei diesen beiden parallelen politischen Aktionen Deutschland den Vorwurf der Heimtückerei machen konnte, erneuerte MacDonald seine Einladung.

Es ist klar, daß diese Aussprache, die zuerst nur den Flottenverhandlungen gerichtet sein sollte, nunmehr den deutsch-österreichischen Zollvertrag zum Gegenstand der Beratung haben wird. Wie weit rückt doch damit die englische Regierung von der schroffen Haltung in Paris ab. Schon die Tatsache der Einladung bedeutet eine Niederlage für Briand, dem jetzt doch endlich klar werden muß, daß die Zeit, wo man Deutschland mit Drohungen einschüchtern konnte, endgültig vorüber ist. Die deutsche Regierung weiß natürlich die englischen Bemühungen, den leidigen und hoffnungslosen Streit über den Wiener Vertrag noch rechtzeitig vor der Völkerbundstagung in friedliche Bahnen zu lenken, richtig einzuschätzen. Sie kann eine Gelegenheit, den Sinn des Wiener Vertrags in einer persönlichen Aussprache mit den interessierten Regierungen zu klären, nur begrüßen.

Nach den englischen Blättermeldungen glaubt man in England, daß auch Briand an der Zusammenkunft in Chequers teilnehmen wird. Die Pariser Blätter jedoch setzen zunächst noch einen Zweifel daran, ob die Meldung von der geplanten Ministerzusammenkunft überhaupt zutrifft. Wenn der englischen Regierung aber wirklich daran gelegen ist, zu vermitteln, so wird sie sich zweifellos bemühen, die französische Regierung zu der Aussprache hinzuzuziehen, schon mit Rücksicht auf gewisse Meldungen über einen geplanten französischen Gegenorschlag. Es verlautet, daß Frankreich in Rom zu verstehen gegeben habe, die Schwierigkeiten des Flottenvertrages könnten überwunden werden, wenn Italien sich in der Frage des deutsch-österreichischen Zollvereins auf den französischen Standpunkt stelle. Die italienische Regierung habe jedoch betont, daß der Flottenvertrag mit dem Zollverein nichts zu tun habe. Im „Matin“ schreibt Sauerwein, zweifellos auf Grund von offiziellen Informationen, daß Mi-

nisterpräsident Laval, Außenminister Briand und Unterstaatssekretär für Nationalökonomie Poncet damit beschäftigt seien, einen Gesamtplan zum Ertrag des deutsch-österreichischen Zollvertrages fertigzustellen. Frankreich, das reiche Siegerland, dürfe jetzt nicht nur reden, sondern es müsse handeln, um den notleidenden Nachbarn zu helfen. Wenn Frankreich nicht die Initiative ergreift für die Schaffung einer europäischen wirtschaftlichen Verständigung, werde es sich nicht vermeiden lassen, daß bei der herrschenden wirtschaftlichen Unordnung andere Pläne auftauchen. Bis hierhin kann man Sauerwein zustimmen, denn es ist das, was von Deutschland immer gesagt wurde. Sauerwein aber nennt diese anderen Pläne unvernünftig, was bis jetzt nur seine bezug. Briands persönliche Meinung ist.

London, 7. April. Ein französischer Korrespondent (Vertinax) meldet dem „Daily Telegraph“ aus Paris, die Nachricht, das Reichskanzler Brüning und Dr. Curtius auf Einladung Hendersons voraussichtlich nach London kommen werden, habe in Paris großes Erstaunen hervorgerufen. Ähnliche Kreise seien zurückhaltend, soweit sie nicht überhaupt wegen des Osterfestes unerschickbar seien, aber von vertrauenswürdigem Charakter seien. Briand erfahren haben, daß Briand bereits mit Bedauern abgelehnt habe, da er nicht imstande sei, kurz vor der Wahl des neuen Präsidenten der Republik nach London zu gehen. Wie Vertinax schließlich noch behauptet, werde in Paris Hendersons Einladung mit dem ihm zugeschriebenen Wunsch in Zusammenhang gebracht, Präsident der allgemeinen Abrüstungskonferenz zu werden, und mit den Besprechungen, die angeblich der gegenwärtigen Lage wegen des Schicksals der Konferenz abgelehnt werden. Während Vertinax die Abrüstungskonferenz als Grund in den Vordergrund rückt, meint der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“, die britische Regierung habe die deutschen Minister eingeladen, um die Lage, die sich aus dem österreichisch-deutschen Plan eines Zollvereins ergeben hat, in freundschaftlichen und unformellen Besprechungen zu erörtern. Abgesehen von seiner legalen Seite habe der Plan die Haltung Frankreichs in der Frage der französisch-italienischen Flottenvereinbarung gehindert. Auch sei Frankreich stark beeinflusst durch das hartnäckig umlaufende Gerücht, daß Italien mit dem Gedanken flirte, dem Zollverein beizutreten.

Geht Briand nach London?

Paris, 7. April. „Echo de Paris“ und „Deux“ glauben berichten zu können, daß Außenminister Briand die Einladung, sich gleichzeitig mit dem deutschen Reichskanzler und dem deutschen Außenminister nach London zu begeben, abgelehnt habe.

Die Einladung der englischen Regierung an Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius wird von den französischen Blättern, soweit sie bisher dazu Stellung nehmen, abfällig beurteilt, und Briands angeblicher Entschluß, die an ihn ebenfalls ergangene Einladung nach Chequers abzulehnen, gebilligt. „Deux“ erklärt, Briand habe diese Begegnung einige Tage vor den besonders wichtigen Verhandlungen über den österreichisch-deutschen Zollverein in dem Studienausblick und im Völkerbundrat wirklich nicht für zweckmäßig. Dem Deutschland und Oesterreich als Verlage hinstellen zu wollen, erwarte man doch von diesen Verhandlungen juristische und politische Vereinbarungen, die ziemlich peinlich werden könnten. Sei es passend, so fragt das Blatt, an die Führer eines Kabarets, bei dem man wiederholt diplomatische Vertretungen habe vorgeben müssen, an die Minister einer Regierung, deren Politik eine wirkliche Krise in Europa hervorgerufen habe, eine so herbe Einladung ergehen zu lassen? Das Blatt antwortet mit Nein und fährt fort, es sei zu befürchten, daß Dr. Brüning und Dr. Curtius aus ihrem Londoner Besuch den Eindruck gewinnen könnten, als ob sie für das Programm der deutschen Forderungen keinen starken englischen Widerstand zu erwarten hätten und sich deshalb im Völkerbundrat intransigenter zeigen könnten. „Journal“ wirft England vor, immer und überall die Schiedsrichterrolle spielen zu wollen. Die Engländer ließen es an der notwendigen Unparteilichkeit fehlen. „Quelidien“ ist zur Vorwarnung vor der Schiedsrichterrolle Englands. „Echo de Paris“ bemerkt, Briand habe die Ablehnung der Einladung mit dem nahe bevorstehenden Präsidentenwahltag begründet. Selbstverständlich aber jage die Aussicht, das „Frühstück von Thoiry“ unter Vorsitz MacDonalds wiederanzunehmen, der französischen Ideologie nicht zu.

Feuersbrunst in Mecklenburg.

Dömitz (Mecklenburg), 7. April. Durch ein Großfeuer wurden in der Dömitzer Wohnhaus zehn Wohn- und Wirtschaftsgebäude in kurzer Zeit eingestürzt.

Stuttgart, 7. April. Sieben Feuerwehrleute wurden am Ostermontag beim Versuch, ein brennendes Automobil zu löschen, durch Explosion des Benzin tanks schwer verletzt. Sie mußten sämtlich ins Krankenhaus überführt werden. Der Wagen war plötzlich auf offener Straße in Brand geraten.

Feuertur in der Schweiz.

Luzern, 7. April. Am Alpacher See stürzten 30 000 Kubikmeter Felsen in den See. Der Wellenschlag war so stark, daß die Staatsstraße an mehreren Stellen überspült wurde.

Zwei Todesopfer eines Brandes.

Triert, 7. April. Ein Feuer, das am ersten Osterfeiertag in Kell auf dem Hochwalde ausbrach, zerstörte zwei Häuser ein und verursachte den Tod von zwei Menschen. Die Bewohner des zuerst von den Flammen ergriffenen Hauses, ein Ehepaar, waren abwesend. Sie hatten ihre drei Kinder unter der Aufsicht einer Verwandten zurückgelassen, die erst von Nachbarn auf den Brand aufmerksam gemacht wurde. Die beiden älteren Kinder konnten sich noch retten, jedoch das jüngste, das in der Wieslag, und die Verwandte, die versuchte, es in Sicherheit zu bringen, fanden den Erstlingsstod. Dann griffen die Flammen auch auf das Nachbarhaus über, das gleichfalls niederbrannte.